

**Adolfo García Jerez / Juliane Müller**

## **Lokale Politik, staatsbürgerliche Partizipation und kollektive Identifikationen.**

**Eine ethnologische Studie lateinamerikanischer  
Immigrantengruppen in Freiburg im Breisgau**

### **Abstract**

Freiburg im Breisgau stellt sich nicht nur als ökologische Modellstadt dar, sondern präsentiert sich auch als besonders offen und ausländerfreundlich. Unsere empirische Untersuchung der Teilnahmeformen lateinamerikanischer Immigrantengruppen in der Stadt Freiburg veranschaulicht die Diskrepanz zwischen den Partizipationsinteressen und Möglichkeiten immigrierter Menschen und den offiziellen politischen Partizipationskanälen für ausländische BürgerInnen. Außerdem stellen unter diesen nationalen und lokalen Bedingungen kulturelle kollektive Identifikationen für Personen mit Migrationshintergrund weiterhin einen der stärksten Anreize zu staatsbürgerlicher Teilnahme dar.

Schlüsselbegriffe: Staatsbürgerschaft, Partizipation, Multikulturalität, Identität

Eingang des Manuskripts: 17.06.2004; angenommen: 14.10.2004

---

### **Adolfo García Jerez**

Historiker und Kulturanthropologe, promoviert derzeit an der Universität Pablo de Olavide in Sevilla über bürgerschaftliche Partizipation in der Altstadterneuerung ausgewählter europäischer Städte.

E-Mail: agarjer@dts.upo.es

### **Juliane Müller**

Ethnologin, arbeitet im Moment am Institut für Kulturgeographie der Universität Freiburg an einem Forschungsprojekt über globalisierte weibliche Erwerbsarbeit und die Lebensbedingungen und Handlungsoptionen von Frauen am Beispiel Marokko.

E-Mail: juliane1977@hotmail.com

---

## Resumen

### Adolfo García Jerez / Juliane Müller Política local, participación ciudadana e identificación colectiva. Estudio antropológico de grupos de inmigrantes latinoamericanos en Friburgo (Alemania).

Friburgo no sólo se presenta como el modelo de una ciudad ecológica, sino también como una ciudad con una imagen especialmente abierta y xenofílica. Aun cuando se confirman los esfuerzos de la ciudad con una política integradora multicultural, no obstante observamos como la participación política de los ciudadanos extranjeros es un aspecto altamente descuidado por todas las instituciones públicas alemanas. Nuestro análisis empírico de la participación de los grupos latinoamericanos en la ciudad de Friburgo demuestra la discrepancia entre los intereses y las posibilidades de este colectivo y los canales oficiales que les son dados para su participación política. Del mismo modo, apreciamos que, debajo de este contexto local y nacional, el sentimiento de pertenencia a las identificaciones culturales colectivas es uno de los estímulos más fuertes que potencia la participación ciudadana de estos grupos.

## Summary

### Adolfo García Jerez / Juliane Müller Local politics, civic participation and collective identifications. An anthropological study of Latin American immigrants in Freiburg (Germany).

Freiburg not only presents itself as an ecologically exemplary city, but as well as a model for social openness and tolerance. Our analysis of the communal and national policies confirms the city's efforts for a multicultural integration policy, but it also shows that the strengthening of the political participation of foreign citizens is an aspect that is highly ignored at all state levels of Germany. Our empirical examination of the participation of Latin American immigrant groups in the city of Freiburg illustrates the discrepancy between the interests of immigrated persons and the limited opportunities offered to them. In addition we found that in the given local and national context, collective cultural identifications are among the most powerful incentives for civic participation of immigrants.

## Einleitung

Den Städten wird in der aktuellen Debatte um globalisierungsbedingte, politisch-rechtliche Strukturveränderungen steigende Bedeutung zugemessen. Nicht nur soll die Kommunalpolitik nationalstaatliche Regulierungs- und Kompetenzeinbußen kompensieren; sie soll zudem in vielen Gebieten bürgernäher, kompetenter und effizienter als höhere Ebenen arbeiten. Ansätze eines neuen Bürgerschaftsverständnisses berufen sich auf die europäische Tradition der städtischen Demokratie, betonen das partizipative Element und trennen Bürgerschaft von nationalen Zugehörigkeitskriterien. Urbane Zentren als Ballungsgebiete ethnischer und kultureller Vielfalt werden als pluralistische Lokalgesellschaften und politische Lokalgemeinschaften aufgefasst, die eigene Strategien und Formen der demokratischen Teilnahme und gesellschaftlich-kulturellen Teilhabe ihrer Stadtbürgerinnen und Bürger entwickeln sollen (vgl. Holston/Appadurai 1999).

Unser Beitrag greift diese Diskussionslinien auf und fragt nach einer spezifisch lokalen Praxis von Bürgerschaft gegenüber Einwanderern in Freiburg. Bestätigt sich das Bild der badischen Universitätsstadt, eine besonders liberale und auf Bürgerbeteiligung bedachte Kommune zu sein, auch im Umgang mit Integration und Multikulturalität? Werden immigrierte und ausländische BürgerInnen politisch und kulturell stärker einbezogen als in national- und regionalstaatlichen Gesetzgebungen und Diskursen? Wie ist das Verhältnis zwischen den Teilnahmemechanismen, welche die Stadt Freiburg ihren ausländischen BewohnerInnen anbietet, und den staatsbürgerlichen Partizipationskanälen, welche lateinamerikanische Gruppierungen tatsächlich nutzen? Welche Bedeutung haben kollektive Identifikationen für die Partizipation?

Ausrichtung und Zielsetzung der Fragestellung folgen einem interdisziplinären und europäisch-vergleichenden Forschungsprojekt *Multicultural Policies and Modes of Citizenship in European Cities*, welches vom UNESCO/MOST Programm (*Management of Social Transformation*) finanziert wurde und erstmals Einwanderung, Staatsbürgerschaft und lokale Politik systematisch verknüpfte (vgl. Rogers/Tillie 2001).

## Methodologische Herangehensweise

In der momentanen wissenschaftlichen Debatte um die politische Gestaltung von Multiethnizität haben sich konkurrierende Paradigmen herausgeschält. Hierbei stellen rein individualrechtlich argumentierende Ansätze, wie die universalistisch-liberale Theorie der Gerechtigkeit (Rawls 1971) einerseits und ein radikaler Multikulturalismus der Anerkennung und Förderung unterschiedlicher sozialer, kultureller und ethnischer Identitäten (Taylor 1993;



Young 1990) andererseits die beiden Gegenpole der Debatte dar. Theoretisch dazwischen liegen das Konzept der multikulturellen Bürgerschaft, welches sich für kollektive Minderheitenrechte ausspricht, solange individuelle Freiheitsrechte gewahrt werden (Kymlicka 1995) und die Neukonzeptionalisierung republikanischer Bürgerschaft (Miller 2000).

Unsere Studie greift letzteren Ansatz auf, da das (neo-)republikanische Politikverständnis die Wichtigkeit einer gleichberechtigten und aktiven Teilnahme aller BürgerInnen beziehungsweise sozialer Gruppen einer politischen Gemeinschaft an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen hervorhebt. Dieser deliberative Ansatz der Entscheidungsfindung definiert Bürgerschaft und politische Identität territorial und nicht ethno-kulturell, so dass auch nicht-deutsche, aber in Deutschland wohnhafte, Menschen einbezogen werden. Durch seine substantielle und weniger legalistische Sichtweise bietet sich dieser Ansatz als theoretisch-normativer Rahmen für die Analyse lokaler Prozesse an (Miller 2000).

Bürgerschaftliche Partizipationskanäle für ausländische Personen lassen sich typologisch in fünf verschiedene Institutionen und Aktivitäten einteilen (vgl. Miller 1989); in erstens ethnische Eigenorganisationen und interkulturelle Vereinigungen, zweitens kommunale Ausländervertretungen, drittens Gewerkschaften und andere Berufsverbände, viertens politische Parteien und bürgerschaftliche Vereine und fünftens kollektive (Protest-) Aktionen im öffentlichen Raum. In unserer Untersuchung interessierten wir uns in erster Linie für Teilnahmeformen, welche ausschließlich MigrantInnen offen stehen: Eigenorganisationen und kommunale Partizipationskanäle für AusländerInnen.

Im Verständnis kollektiver Identifikationen folgen wir der heute allgemein geteilten Auffassung von individueller und kollektiver Identität als kontextgebunden und gesellschaftlich konstruiert. Differenzierende Merkmale bilden sich erst in Momenten der Interaktion und Kommunikation von Bevölkerungsgruppen aus. Sie entstehen in einem Prozess von Selbst- und Fremdschreibungen und verschieben sich je nach spezifischer Situation (Barth 1969). Entscheidend für die Formation und Transformation von kollektiven Identifikationen sind die Interessen der beteiligten Akteure (Kohl 1998).

Methodisch verbanden wir die Analyse kultur-, sozial- und politikwissenschaftlicher Literatur zu dem Themenkomplex, sowie statistischer und bibliographischer Informationen über die Stadt Freiburg und ihre Kommunalpolitik, mit einer achtmonatigen empirischen Datenerhebung. Die Feldforschung umfasste eine intensive teilnehmende Beobachtung, einschließlich der Teilnahme an allen Treffen und Sitzungen der untersuchten Gruppierungen während des Erhebungszeitraums, sowie informelle Gespräche. Wir realisierten vier strukturierte Interviews mit lateinamerikanischen und spanischen Ex-

pertInnen der Integrationsarbeit und acht halbstrukturierte Interviews mit ein bis drei Mitgliedern jeder Vereinigung sowie zur Erfassung der lebensweltlichen Situation drei narrativ-biographische Interviews. Die InterviewpartnerInnen wurden nach Einwanderungszeitpunkt und -motiv sowie nach Engagement und Zugänglichkeit ausgewählt. Außerdem haben wir Fragebögen an 25 Mitglieder der Gruppierungen verteilt; deren Rücklaufquote betrug knapp 70%.

### Einwanderung, Staatsbürgerschaft und nationale Identität

Insbesondere die Situation in Deutschland gibt Anlass dazu, über das klassische Staatsbürgerschaftsverständnis nachzudenken. Es leben heutzutage fast 10 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht hier geboren, sondern seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in das Land gekommen sind. Am 31. Dezember 2001 hatten 7.318.628 in Deutschland wohnhafte Personen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft und sind somit aus der politischen Gemeinschaft Deutschlands ausgeschlossen, obwohl 30% von ihnen bereits 20 Jahre und länger hier gelebt haben und mehr als 1,5 Millionen junge Menschen sogar in Deutschland geboren wurden (Münz/Ulrich 1992: 92f; Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002: 392; Oberndorfer 2001: 13).

Die Tatsache, dass in Deutschland ein großer Teil der seit fünfzig Jahren eingewanderten Menschen und ihre Nachkommen weiterhin formal-rechtliche AusländerInnen sind, liegt an drei Besonderheiten der deutschen staatsbürgerlichen Gesetzgebung; erstens an dem bis zum Jahr 2000 völligen Fehlen des Territorialitätsprinzips (*ius soli*), zweitens an der restriktiven Auslegung der Einbürgerung nach Ermessen des Staates bis zu den Gesetzesänderungen von 1990 und 2000 und drittens an der nach wie vor offiziellen Verweigerung, Mehrstaatigkeit grundsätzlich zu gestatten (zu den aktuellen öffentlichen Diskussionen und Gesetzesänderungen siehe Bade/Münz 2002; Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002).

In jedem modernen Nationalstaat ist die Ausgestaltung der Staatsbürgerschaftsgesetze untrennbar mit nationalen Identitätsvorstellungen verbunden. Das Selbstverständnis der deutschen Nation ist durch eine lange Tradition ethnischen Denkens geprägt worden, was sich im staatsbürgerrechtlichen *ius sanguinis*-Prinzip niedergeschlagen hat (Bade/Münz 2002: 11; Schäfers 1997).<sup>1</sup> Im traditionellen Modell ist die politische Mitgliedschaft an die vorherige sprachlich-kulturelle Mitgliedschaft gebunden (Brubaker 1992: 114ff).

<sup>1</sup> Zu den historischen Umständen und politischen Reaktionen, welche zur ethno-nationalen Identitätspolitik Deutschlands führten, siehe Brubaker 1992.



Die Persistenz tradierter Vorstellungen zeigt sich heute unter anderem in der Schwerfälligkeit und Polemik bezüglich grundlegender politischer Reformen in der Staatsangehörigkeitsgesetzgebung und der Einwanderungs- und Integrationspolitik, sowie in der Vernachlässigung politischer und rechtlicher Aspekte in den Diskussionen. Das reformierte Staatsangehörigkeitsgesetz von 2000<sup>2</sup> und das neue Zuwanderungs- und Integrationsgesetz, welches erneut Gegenstand von Verhandlungen ist, sind Resultate einer seit 1999 intensiv geführten Migrations- und Integrationsdebatte (Bade/Münz 2002: 16ff). Die rechtliche Gleichstellung von ausländischen Drittstaatsangehörigen in verschiedenen Bereichen und die Ausweitung ihrer politischen Partizipationschancen wurden jedoch kaum öffentlich diskutiert. Themen wie die doppelte Staatsangehörigkeit und das kommunale Wahlrecht für die gesamte Wohnbevölkerung sind von der Bühne politischer Diskussionen verschwunden (AiD 2002).

„Während auf EU-Ebene unter dem Vorzeichen ‚Integration‘ vor allem die erwähnten Initiativen [zwei europäische Antidiskriminierungsrichtlinien; eigene Anmerkung] zur Angleichung der Rechtsstellung von Drittstaatsangehörigen stehen, bezog sich die deutsche Integrationsdebatte der letzten beiden Jahre fast ausschließlich auf Aspekte sozialer Integration und hier vor allem auf die Sprachförderung. Konzepte von Rechtsangleichung, politischer Partizipation und Antidiskriminierungspolitik spielten dagegen in der öffentlichen Diskussion nur eine nachrangige Rolle“ (Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen 2002: 18).

### **Partizipationsrelevante Rechte für ausländische BürgerInnen und Angehörige ethnischer Minderheiten**

Die staatlichen Rahmenbedingungen für eine staatsbürgerliche Partizipation nicht-deutscher Personen und Gruppen sind ambivalent. Auf individualrechtlicher Ebene gelten für alle in Deutschland lebenden Personen die im Grundgesetz festgeschriebenen Menschenrechte und der Diskriminierungsschutz. In den letzten Jahren wurden unter Bezugnahme auf die Religionsfreiheit und die freie Meinungsäußerung einige gerichtliche Entscheidungen für die Rechte von AusländerInnen bezüglich der Ausübung und Demonstration kultureller und religiöser Werte und Bräuche getroffen. Auf der Basis eines individual-

rechtlichen Ansatzes sind die deutschen Gesetze und die Rechtsprechung also durchaus minderheitenfreundlich (Diehl 2002).

Das Recht auf Teilnahme an Wahlen ergibt sich aus Artikel 20(2) GG: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Wer dieses Volk konstituiert, wird in Artikel 116 GG geregelt. Es sind Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Eine Ausnahme bilden Einwanderer aus der Europäischen Union, die seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 an Kommunal- und Europawahlen teilnehmen dürfen. Drittstaatsangehörigen ist dagegen das aktive und passive Wahlrecht für parlamentarische Gremien sowie die Gründung einer Partei nicht gestattet. Die Absicht der Landesregierungen von Hamburg und Schleswig-Holstein, das kommunale Wahlrecht für alle AusländerInnen einzuführen, wurde 1990 von Karlsruher Richtern für verfassungswidrig erklärt (siehe unten).

Eine kollektivrechtliche Minderheitenpolitik ist in Deutschland so gut wie nicht vorhanden. Nur die sogenannten „alten“ oder „autochthonen“ sprachlich-kulturellen und religiösen Minderheiten (Friesen, Sorben, Dänen, Sinti, Roma und Juden), deren Angehörige in der Regel die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, sind als solche anerkannt und erhalten eine bundesstaatliche finanzielle Unterstützung für ihre Tätigkeiten. In den 1990er Jahren gab es zwar eine ausgedehnte Debatte über eine pluralistische und multikulturelle Gesellschaft (vgl. Cohn-Bendit/Schmidt 1992), allerdings wurden kaum konkrete Vorschläge für eine rechtlich-politische Umsetzung gemacht.

Es können generell drei Arten von Kollektivrechten bestimmt werden, die auch als Rahmenbedingungen für Partizipationsopportunitäten gelten:

#### **a) Rechte auf öffentliche Unterstützung der kulturellen Reproduktion**

In Deutschland genießen Einwanderer diese Rechte teilweise innerhalb der Auslegung der individuellen Freiheitsrechte, und generell ist ihnen die Gründung von sprachlichen, kulturellen und religiösen Vereinen und Schulen gestattet. Darüber hinaus gibt es jedoch keine rechtliche Grundlage für die Unterstützung kollektiver Initiativen in den genannten Bereichen. Sie werden als rein private Angelegenheiten aufgefasst. Die wenigen Regelungen, die Minderheitenrechten ähneln, muttersprachlicher Unterricht und mehrsprachige Programme im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sind Relikte aus der Zeit regulierter Arbeitsimmigration aus dem südlichen Europa, als mit einer Rückkehr der Einwanderer gerechnet wurde (Diehl 2002).

<sup>2</sup> Die wichtigste Neuregelung des reformierten Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 1. Januar 2000 ist die Einführung der Staatsangehörigkeit durch Inlandsgeburt für Kinder, die mindestens einen Elternteil mit Daueraufenthaltstitel und achtjähriger Anwesenheit haben. Es regelt außerdem die Einbürgerung teilweise neu (Diehl 2002; Dornis 2002).



### b) Kollektiver Schutz vor Diskriminierung

Es existiert die Norm der Nicht-Diskriminierung im Grundgesetz, sie wird allerdings nicht durch kollektive Schutzmaßnahmen untermauert.

### c) Gemeinsame Formen der politischen Repräsentation

Durch einfache Gesetze ist es ausländischen BürgerInnen gestattet politische Organisationen zu gründen, insoweit sie nicht die innere Sicherheit oder außenpolitische Interessen des Staates gefährden. Sie agieren in Deutschland oftmals freier als in ihren Herkunftsländern. Die ImmigrantInnenorganisationen werden jedoch nicht als Repräsentanten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund oder als zentrale Vermittlungsinstanzen zwischen ihnen und dem Bund angesehen. Sie verfügen wegen des ausländischen Status ihrer meisten Mitglieder über kein vergleichbares politisches Druckmittel wie andere Interessenvertretungen. Minderheitenrechte bezüglich einer besonderen staatlichen Repräsentation von Einwanderergruppen durch ihre Führungspersonen, beispielsweise als Reservierung von Sitzen in Parlamenten, Verwaltungen und Gerichten gibt es nicht (Diehl 2002).

Die realen Möglichkeiten eines erfolgreichen, auf die deutschen Verhältnisse gerichteten politischen Engagements sind aus diesen Gründen nicht sehr groß. Die geringen Erfolgsaussichten wiederum erschweren die Mobilisierung von Mitgliedern. Eine vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung koordinierte soziologische Untersuchung der politisch-rechtlichen Opportunitätsstrukturen für ImmigrantInnen in verschiedenen europäischen Ländern kam zu dem Ergebnis, dass ein kausaler Zusammenhang besteht zwischen den restriktiven Bedingungen in Deutschland und einer starken politischen Orientierung von Einwanderergruppen (insbesondere aus der Türkei) auf ihr Herkunftsland (Koopmans 2002).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass kulturelle Minderheitenrechte auf individuell-rechtlicher und privater Ebene realisierbar sind, auch wenn keine kollektiven Regelungen und Schutzmaßnahmen für die „neuen“ Minderheiten bestehen. Bezüglich der politischen Einflussmöglichkeiten in Deutschland sind sowohl die individual- als auch die kollektivrechtlichen Rahmenbedingungen restriktiv.

### Die kommunale Integrations- und Partizipationspolitik der Stadt Freiburg

Die Stadt Freiburg gilt im In- und Ausland als Musterbeispiel ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Für eine umweltverträgliche Bauweise und Flä-

chennutzung und die Anwendung erweiterter Bürgerbeteiligungsverfahren bei der Planung und Durchführung zweier neuer Stadtteile erhielt sie mehrere Auszeichnungen (vgl. Sperling 1999). Mit der Initiative „Für eine offene Stadt“ ist sie zudem seit einigen Jahren bemüht, auch in Sachen Toleranz und Multikulturalität ein überaus positives Bild von sich zu zeichnen. Wie ist jedoch die politische und kulturelle Integrationspolitik wirklich zu beurteilen? Dieser Frage wollen wir uns im Folgenden widmen.

Die politischen und administrativen Maßnahmen der Stadt gegenüber ihrer ausländischen Bevölkerung lassen sich in drei Bereiche unterteilen:

- 1) Integrationspolitik
- 2) Initiierung „xenophiler“ Veranstaltungen und Projekte
- 3) Partizipationsangebote an ausländische BürgerInnen und ethnische Minderheiten

### Integrationspolitik

Die Stadt Freiburg führt die soziale und soziokulturelle Beratung und Betreuung von ImmigrantInnen, mit Ausnahme der bundesgesetzlich vorgeschriebenen Wohnversorgung von Flüchtlingen, nicht selbst durch, sondern delegiert sie an Organisationen und Vereine, welche von der Stadt hierfür zum großen Teil finanziell unterstützt werden.

Im September 1997 beschloss der Gemeinderat ein „Kommunales Handlungsprogramm zur Integration von Migranten und Migrantinnen in Freiburg“, welches einen umfassenden Ansatz verfolgt. Damit distanzierte sich die Stadt von der bisherigen Betrachtung des Themas vorwiegend als soziale Beratung von ausländischen ArbeitnehmerInnen und ihren Familien. Das Handlungsprogramm definiert die kommunale Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe aller Dekanate und Institutionen.

Das Dokument akzeptiert die doppelte Staatsbürgerschaft und fordert das kommunale Wahlrecht für in Freiburg wohnhafte AusländerInnen. Einige Aspekte sind explizit als multiethnische Politik zu bezeichnen: die Aufforderung zur kulturellen Selbstbestimmung und zur Anerkennung verschiedener kultureller Werte und Traditionen. Insgesamt am stärksten betont wird die Teilhabe und aktive Teilnahme der ausländischen EinwohnerInnen in allen Bereichen des städtischen, öffentlichen Lebens, einschließlich politischer Partizipation (Stadt Freiburg 1997: 9ff).

Im Zusammenhang mit dem Handlungsprogramm wurde 1999 ein Amt für Fragen der Integration (Interkulturelles Büro) gegründet. Das Büro berät und informiert über migrationsrelevante Themen und Adressen und vernetzt die verschiedenen kommunalen Maßnahmen im Migrationsbereich. Außer-



dem führt es Modellprojekte zur sprachlichen, schulischen und beruflichen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch. Die sozialpolitischen und sozialpädagogischen Konzepte sind interkulturell angelegt, d.h. Gebräuche, Wertvorstellungen und Sprachen anderer Kulturen sollen durch entsprechende Lernmethoden kennen gelernt, verstanden und leichter erlernt werden, die Wertschätzung anderer Vorstellungen und Traditionen, multipler Identitäten und Kompetenzen (z.B. Zweisprachigkeit) soll erhöht werden (Stadt Freiburg 1997: 2ff). Bereits zu Beginn der 1990er Jahre wurde auf Bestreben des Ausländerbeirats eine Richtlinie zur finanziellen und organisatorischen Förderung von ethnischen und interkulturellen Vereinen verabschiedet.

### Initiierung „xenophiler“ Veranstaltungen und Projekte

Der Freiburger Gemeinderat hat im September 2000 einstimmig eine Resolution verabschiedet, mit der die Initiative „Freiburg – Für eine offene Stadt – gegen Fremdenhass und Rassenwahn“ ins Leben gerufen wurde. Die Kampagne verfolgt das Ziel,

„auf lokaler Ebene ein breites gesellschaftliches Bündnis für Toleranz und ein gutes Miteinander unter Beteiligung einer Vielzahl von Bürger/innen, Gruppen, Institutionen und der Politik zu schaffen, (...)“ (Stadt Freiburg 2002: 111).

An der Initiative haben sich etwa 70 Gruppen, Initiativen, Vereine und Institutionen beteiligt, die bereits bis zum Frühjahr 2002 über 100 Veranstaltungen und Projekte durchgeführt haben. Die größte Öffentlichkeitswirksamkeit, Symbolik und Teilnahme erlangte der Aktionstag für eine vielfältige und offene Stadt am 14. September 2002, an dem rund 15.000 Menschen gegen einen für denselben Tag geplanten Umzug der rechtsextremen Partei NPD protestierten (Stadt Freiburg 2002: 3ff).

Die Dokumentation der Projekte von 2000 bis 2002 zeigt, dass die Beteiligung von Immigrant\*innenvereinen und interkulturellen Gruppierungen an den Projekten bisher gering war. Es haben drei interkulturelle Vereinigungen teilgenommen, welche jedoch ohnehin sehr engagiert sind. Eine muslimische Frauengruppe konnte als einzige zuvor weniger sichtbare Gruppierung zur Teilnahme aktiviert werden. Es wurde demnach kaum eine Stärkung der Partizipation der eigentlichen Zielgruppe der Initiative erreicht (Stadt Freiburg 2002: 111ff; eigene Beobachtungen).

### Partizipationsangebote an ausländische BürgerInnen und ethnische Minderheiten

#### a) Politische Partizipationskanäle für ausländische BürgerInnen auf kommunaler Ebene

Um dem durch die Immigration hervorgerufenen demokratischen Defizit wenigstens auf lokaler Ebene entgegenzutreten, wurden seit den frühen 1980er Jahren kommunale Ausländervertretungen gebildet. Sie repräsentieren die Interessen der nichtdeutschen Personen und haben eine Beratungsfunktion für die Stadtparlamente. Im Unterschied zu anderen Bundesländern gibt es in Baden-Württemberg keine gesetzlichen Vorgaben, wann und wie solche Vertretungen zu gründen sind. Es haben sich im Wesentlichen zwei Modelle herausgebildet: ein Ausländerausschuss des Gemeinderats und ein vom Stadtparlament unabhängiger Ausländerbeirat. In einigen wenigen baden-württembergischen Gemeinden werden beide Formen kombiniert (Ausländerbeauftragte der Landesregierung 2000: 51ff).

Seit Mitte der 1980er Jahre fordern kommunale Ausländervertretungen und ihr Dachverband das kommunale Wahlrecht für alle ausländischen Bürgerinnen und Bürger. Die Versuche in Hamburg und Schleswig-Holstein scheiterten. Das Verfassungsgericht entschied, dass AusländerInnen zur Bevölkerung, aber nicht zum deutschen Volk gehören, von dem alleine nach Art. 20, Abs. 2 GG die Staatsgewalt ausgehen darf. Es solle keine uneinheitliche Legitimationsgrundlage für Wahlen auf kommunaler und auf Länder- und Bundesebene geben, Änderungen müssten vom Staatsangehörigkeitsgesetz ausgehen. Der Versuch einer Annäherung an Artikel 20(1) GG, „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“, wurde somit vertagt (Diehl 2002: 116ff).

Nach dem Maastrichter Vertrag von 1992 und der Spaltung der ausländischen Bevölkerung in privilegierte Europäer und so genannte Drittstaatsangehörige, hat die Europäische Kommission die Mitgliedsstaaten aufgefordert, auch Letzteren eine möglichst große Freizügigkeit innerhalb der EU und vor allem das Kommunalwahlrecht zu gewähren. Durch die Entwicklungen auf europäischer Ebene wurde auch in Deutschland erneut eine Debatte angeregt. Es wurden allerdings nie konkrete Initiativen ergriffen und im Moment scheint eine Angleichung an andere europäische Länder (Schweden, Niederlande, Dänemark, Schweiz, Irland und Frankreich) in näherer Zukunft unwahrscheinlich (AiD 2002: 3f; StadtNachrichten April 1997).



**b) Der Freiburger Ausländerbeirat, Immigrantenvereine und aktuelle Probleme des traditionellen Modells**

In Freiburg wurde das Konzept eines direkt gewählten Ausländerbeirates wegen größerer Autonomie und demokratischer Legitimation dem Modell eines Ausländerausschusses vorgezogen. Die nicht-deutschen Mitglieder des Beirates werden von allen ausländischen BürgerInnen über 18 Jahre, welche mindestens seit sechs Monaten in Freiburg wohnen und eine Aufenthaltsgenehmigung besitzen, gewählt. Insgesamt gehören ihm neben den 15 ausländischen VertreterInnen auch 14 Gemeinderäte verschiedener Fraktionen an. Der Gemeinderat ist verpflichtet, den Beirat zu relevanten Themen rechtzeitig anzuhören. Die Haupttätigkeiten und Ziele des Beirats sind das Eintreten für die Gleichberechtigung von AusländerInnen durch Forderungen an den Gemeinderat und Stellungnahmen zur Kommunalpolitik, die Organisation von Veranstaltungen (in den letzten Jahren vor allem die Interkulturelle Woche), die Erstellung von Publikationen, sowie der Einsatz als Vermittler bei Konflikten und Fällen von Diskriminierung (Stadt Freiburg 1997: 5ff; Stadt-Nachrichten April 1997; Stadt Freiburg 1999).

Seit den ersten Wahlen 1986 (mit einer Wahlbeteiligung von 34,1%) hat es eine Abnahme der Beteiligung gegeben: 1991 lag sie bei 19,7%, 1994 bei 9,3% und im Jahr 2000 bei 9,5% der wahlberechtigten, ausländischen Bevölkerung (Amt für Statistik 2000: 1). Die Tendenz einer sehr niedrigen Beteiligung an den Wahlen zu den kommunalen Ausländervertretungen zeigt sich in vielen deutschen Städten. Einer der Hauptgründe für das abnehmende Interesse am Ausländerbeirat wird in seinem mangelnden politischen Einfluss gesehen, er hat ausschließlich beratende Funktion (Seeh 1999: 6; Interview mit Frau V.P., 11.12.2002). In Freiburg war der Ausländerbeirat im Verlauf des Jahres 2002/03 mehrmals in seinen Sitzungen nicht beschlussfähig, es fehlten sowohl ausländische VertreterInnen als auch Gemeinderäte. Dieses deutliche Desinteresse, welches durch die geringen Einflussmöglichkeiten des Gremiums mit verursacht wird, belastet das Ansehen des Beirats. Ein weiterer negativer Faktor ist die im Moment mangelnde Zusammenarbeit zwischen dem Ausländerbeirat und dem Interkulturellen Büro (eigene Beobachtungen).

Außerdem gibt es Probleme sozialstruktureller Natur. Eines ist die sich ändernde Zusammensetzung der wahlberechtigten Bevölkerungsbasis. Es wird ein abnehmendes Interesse der europäischen GemeinschaftsbürgerInnen an den demokratischen Aufgaben des Beirates beobachtet (Interview mit Frau V.P., 11.12.2002). Außerdem wird die Gruppe der AussiedlerInnen nicht im Ausländerbeirat vertreten, da die Personen zum großen Teil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. In zunehmenden Maße repräsentiert der Ausländerbeirat demnach weder die zu ihm wahlberechtigte Bevölkerungsgruppe

(9,5% Wahlbeteiligung), noch repräsentiert er alle Personen mit Migrationshintergrund.

Ein weiterer struktureller Grund für die Repräsentations- und Partizipationskrise des Ausländerbeirats sind Veränderungen bei den Immigrantenvereinen. Traditionell haben die Vereine der südeuropäischen Arbeitsimmigranten das Rückgrat des Ausländerbeirats gebildet. Sie vermittelten zwischen dem Ausländerbeirat und der ausländischen Bevölkerung (Assiménios 2001). Ein bundesweit zu beobachtendes Phänomen ist die abnehmende Teilnahmerebereitschaft in diesen Zusammenschlüssen. Auch in Freiburg verlieren die etablierten Vereinigungen an Engagement und Nachwuchs. Die zweite, in Deutschland geborene Generation hat andere Interessen und Partizipationsvorstellungen als ihre Eltern. Durch die sozialstrukturelle und nationale Heterogenität neuerer ImmigrantInnen im Unterschied zu der recht homogenen Struktur der südeuropäischen IndustriearbeiterInnen wird die Gründung neuer Gruppierungen erschwert. Es gelang bisher noch nicht, neu entstandene Vereine, Vereinigungen und informelle Gruppierungen einzubeziehen. Die ausländische Basis der jüngsten Immigration konnte bisher nicht mobilisiert werden. Ihre Gemeinschaftsbildungen und Interessen sind zu wenig bekannt (vgl. Stadt-Nachrichten April 1997; eigene Beobachtungen).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Freiburg ein integrationspolitisches Ideal anstrebt, welches partizipativ, problemorientiert und diversitätsfördernd sein soll. Im Bereich der aktiven Teilnahme von ausländischen BürgerInnen an kommunalen Diskussions- und Entscheidungsprozessen hat die Stadtpolitik bisher jedoch keine Erfolgsbilanz zu verzeichnen. Das Modell des Ausländerbeirats ist nicht mehr angemessen und effizient. Diente der Beirat zur Kanalisierung der Interessen der ersten Einwanderergeneration der Nachkriegszeit, so entspricht er heutzutage nicht mehr den sozialstrukturellen Bedingungen, Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Auch die öffentlichkeitswirksame Initiative „Für eine offene Stadt“ war bezüglich der Aktivierung interkultureller und ethnischer Vereinigungen nicht erfolgreich.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Seit Frühjahr 2003 zeichnet sich Bewegung bezüglich der unbefriedigenden Situation ab. Es wird ein neues Modell diskutiert, welches die Schaffung eines Integrationsamtes und eines Integrationsrates vorsieht. Zum einen wird eine bessere Koordination der Integrationspolitik gefordert, in dem alle mit ausländer- und integrationsspezifischen Themen verbundenen Behörden in einem Integrationsamt zusammengefasst werden. Zum anderen gibt es Überlegungen, anstatt des Ausländerbeirats einen Integrationsrat aus sachkundigen Personen mit Migrationshintergrund zu gründen. Diese sollen stimmberechtigte Mitglieder in unterschiedlichen Kommissionen des Gemeinderats werden. Dieser Vorschlag sieht keine demokratische Mitbestimmung ausländischer oder immigrierter BürgerInnen mehr vor (Interview mit Frau V.P., 11.12.2003; Informationen von *Nuestra América* und dem Ausländerbeirat Ende Juni 2003).



## Demographische Beschreibung der lateinamerikanischen Bevölkerung in Freiburg

Insgesamt lebten am 1.1.2001 laut offizieller Statistik 657 Personen aus lateinamerikanischen Ländern in Freiburg, 398 Frauen und 259 Männer (Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Freiburg 2002: 28). Diese Zahl erhöht sich, berücksichtigt man auch die Personen mit doppelter oder deutscher Staatsbürgerschaft und die ImmigrantInnen ohne regulären Aufenthaltsstatus. Laut Schätzungen von Verbänden und Organisationen leben derzeit zwischen 500 und 700 Personen ohne legalen Aufenthaltstitel in Freiburg (Stadt Freiburg 2003; Hearing „Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Freiburg“ 21.5.2003). Die Zahl der LateinamerikanerInnen ohne Aufenthaltsstatus ist nur schwer zu bestimmen. Die Beratungsdienste konnten diesbezüglich keine Angaben machen. Die persönliche Schätzung eines Mitarbeiters sieht LateinamerikanerInnen nach Asylsuchenden aus dem Mittleren Osten und Frauen aus Osteuropa als drittgrößte Gruppe von Personen ohne rechtlichen Aufenthaltstitel (Gespräch mit Mini-Rasthaus Nov. 2002). Einer unser Interviewpartner beschreibt seinen Eindruck junger PeruanerInnen und LateinamerikanerInnen in Freiburg folgendermaßen:

„Yo estuve aquí en el '97 la primera vez, y también me interesé por qué tipo de peruanos venían acá. Me fui a una discoteca, (...). Era interesante la gente que venía. O estaban ilegal o gente que querían salir del Perú porque no hay mayores posibilidades de vida. Aún hayas estudiado. Es igual haber estudiado o no haber estudiado porque realmente la situación es bien difícil. Entonces quienes venían acá o trabajaban, hasta donde yo conozco trabajaban o como Discjockeys o como Handwerker o un trabajo elemental, como en construcción, o en jardinería. Esta era una parte de los peruanos que estaban ahí, se dedicaban a beber, tenían relaciones con colombianas, o venezolanas o gente latinoamericana. Iban a bailar. Y es un círculo donde uno cae. Me pareció interesante como forma de vida. Pero en el caso mío siempre he visto Alemania desde otro punto de vista“ (Interview mit Herrn G.P., 9.3.2003).

Aufgrund unserer Beobachtungen scheinen die meisten undokumentierten LateinamerikanerInnen als Touristen einzureisen. Durch die Arbeitnahme ohne Arbeitserlaubnis und das Überschreiten der Aufenthaltsfrist geraten die Menschen in die aufenthalts- und arbeitsrechtliche Illegalität. Die hohe räumliche Mobilität eines Teils der LateinamerikanerInnen lässt auf irreguläre Beschäftigungs- und Aufenthaltsverhältnisse schließen (vgl. Bade 2001; Münz/Alscher/Özcan 2001):

„Por otro lado, o sea, porque también la movilidad, pues, o sea, la gente circula mucho. Mucha gente que estaba antes, latino, ahora no están, se han ido. De tanto en cuanto vuelven (risas), pero no siempre se terminan de quedar (...). Y como es un ciudad chica, de paso de estudiar antes... y para jubilarse (risas)... A lo mejor vuelven“ (Interview mit Herrn J.A., 26.10.2002).

Im Jahr 2002 waren etwa 120 lateinamerikanische Studierende an der Universität Freiburg eingeschrieben. Es wird angenommen, dass nur ein geringer Teil von ihnen ausschließlich studiert. Ebenso wie einheimische junge Leute nutzen LateinamerikanerInnen die Möglichkeit, berufliche und universitäre Tätigkeiten zu verbinden. Gleichzeitig stellt das Studium an einer deutschen Hochschule eine der wenigen legalen Einreise- und Aufenthaltsformen dar.

Geordnet nach Herkunftsländern liegen Daten für den Beginn des Jahres 2000 vor; zusammenfassend ist Folgendes zu sagen:

- 1) Die größte Gruppe bilden die BrasilianerInnen mit 155 in Freiburg lebenden Personen, gefolgt von PeruanerInnen mit 78 und ChilenInnen mit 56 Personen. Aus Argentinien, Kolumbien und Mexiko leben um die 40-35 Personen in Freiburg, aus Venezuela, Ecuador, Kuba, Costa Rica und der Dominikanischen Republik zwischen 25 und 14 Menschen. Alle anderen lateinamerikanischen Länder sind mit weniger als zehn Personen vertreten.
- 2) Auffallend ist für viele der Länder der hohe Frauenanteil. Die überdurchschnittlich starke Präsenz lateinamerikanischer Frauen wird hauptsächlich mit der Existenz von bi-nationalen Ehen zwischen lateinamerikanischen Frauen und deutschen Männern in Verbindung gebracht (Interview mit Frau S. A. 21.1.2003; AiD 2000). Die größten Unterschiede zwischen der Anzahl von Frauen und Männern aus demselben Land gibt es bei Brasilien (113 zu 42), bei Kuba (14 zu 5), der Dominikanischen Republik (12 zu 2) und Ecuador (15 zu 7).
- 3) Von allen spanischsprachigen lateinamerikanischen Nationen kommen am meisten Menschen aus Peru, ein Umstand, der sich teilweise aus der Partnerschaft der Diözese Freiburg mit 170 peruanischen Gemeinden erklären lässt. Die kirchlichen Beziehungen beinhalten unter anderem gegenseitige Besuche und Arbeitsaufenthalte (Amt für Statistik und Einwohnerwesen 2001: 11).



### **Migrationsursachen, Motive und Vereinswesen der lateinamerikanischen Bevölkerung in Freiburg**

Der Moment und die Bedingungen der Migration – Emigrationsursachen und der Kontext der Aufnahmegesellschaft – beeinflussen die Partizipationsformen und ihre Inhalte. Deswegen haben wir eine diachrone Sichtweise der Ankunft der LateinamerikanerInnen in Freiburg eingeschlossen, welche sich hauptsächlich auf die Erfahrungsberichte der betroffenen Personen stützt. Um die Ergebnisse zu systematisieren, haben wir eine Typologie der aktivsten lateinamerikanischen Gruppierungen der letzten Jahrzehnte aufgestellt, von der wir glauben, dass sie trotz gewisser Differenzen auf andere deutsche Städte übertragen werden kann. Die Klassifizierung beruht auf vier verschiedenen Gruppierungen; nur die erste ist historisch, die anderen sind weiterhin zu finden oder gerade erst entstanden:

a) „*Los Exiliados Latinos*:“ Ende der 1970er Jahre und während der 1980er Jahre kamen in erster Linie politische Flüchtlinge und Asylsuchende aus Chile, aber auch aus anderen lateinamerikanischen Ländern nach Freiburg. Sie integrierten sich in bereits bestehende, von Deutschen ins Leben gerufene Solidaritätsvereine. Die Ausrichtung der Gruppierungen war politisch und auf lateinamerikanische Länder gerichtet, auch in ihren kulturellen Veranstaltungen repräsentierten sie die Position einer lateinamerikanischen bzw. internationalen Linken.

„Bueno, los latinos llamémos los de izquierda, o de alguna manera se solidarizaban con los chilenos que habían tenido problemas con la dictadura o con los que protestaban. Entonces, detrás de la bandera chilena [en manifestaciones; eigene Anmerkung] y de ese cuadro que yo había hecho, normalmente se movía 20 o 30 latinos, la mayoría chilenos que éramos digamos lo de aquí la izquierda latinoamericana. Y eso hoy en día no se puede realizar. Claro, no existe esa identidad“ (Interview mit Herrn J. C., 11.01.2003).

Gegen Ende der 1980er Jahre, mit der langsamen Demokratisierungswelle in Lateinamerika und der Rückkehr vieler Exilanten in ihre Länder, begann die lateinamerikanische Partizipation in diesen Vereinen abzunehmen. Heute werden einige Gruppierungen von Deutschen als entwicklungspolitisch engagierte Vereine weitergeführt.

b) „*Los Alterlatinos*:“ Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre öffnete sich die Einwanderung von LateinamerikanerInnen, es kamen nun Menschen aus den verschiedensten Ländern des Kontinents, aus unterschiedlichen Gründen und mit verschiedenen Zielen nach Freiburg. Es begannen die

Immigrations- und Statusformen, die auch heute vorherrschen: zwecks Studium, Arbeitssuche und, damals noch in geringerem Maße, über einen Partner. Die *Alterlatinos*, in der Mehrheit junge Menschen zwischen 20 und 40 Jahren, sind mehrheitlich aus wirtschaftlichen Gründen (Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung oder berufliche Perspektivlosigkeit in ihrem Heimatland) gekommen. Mit der Zeit und vor dem Hintergrund fehlender lateinamerikanischer Zusammenschlüsse, begannen einige von ihnen Treffpunkte von und für LateinamerikanerInnen zu organisieren. Diese Zentren charakterisierten sich durch künstlerische Darbietungen und politische Diskussionen abermals aus einer linken Position heraus und durch eine Popularisierung „latiner“ expressiver Kultur. Sie nutzten dabei die Infrastruktur, welche durch gesellschaftskritische Bewegungen seit den 1970er Jahren in Freiburg als soziokulturelle Zentren gegründet worden sind.

„Los centros latinos anteriores funcionaron pero ... qué te puedo decir, el latino siempre es complicado. (...) Y en una ocasión creo que vino el Levantamiento Zapatista en Méjico y estábamos discutiendo acá varia gente, había chilenos, guatemaltecos, que deberíamos hacer y de repente se planteó: bueno, no deberíamos, vamos a hacerlo. Vamos a hacer un grupo latino y vamos a hacer fiestas, no vamos a pasar solamente fiestas sino diapositivas, exposiciones de pintura (...). A la gente les gustó, y la siguiente fiesta se hizo aquí en el Strand Café. Llenamos y la gente estaba fuera, había muchísima gente, con un trabajo de grupo sobre los Mapuches. Todo iba bien. Pero empezaron las envidias, empezaron el yo quiero dinero, yo estoy ayudando, yo quiero dinero. Como un sueldo (...). Entonces este pianista dijo: hago un concierto en favor del grupo sin cobrar nada, (...) después se hizo el concierto con este tipo y desafortunadamente el dinero fue robado“ (Interview mit Herrn H. A., 21.11.2003).

Die lateinamerikanischen Gruppierungen zeichnen sich durch Behördenferne und Informalität aus. Dieses Phänomen ist zum einen auf eine generell festzustellende Skepsis gegenüber Politik und Verwaltung zurückzuführen, zum anderen auf den nicht legalen Aufenthalt eines Teils der Beteiligten. Wegen finanzieller und persönlicher Probleme, und da keine organisatorische Strukturen geschaffen worden waren, lösten sich die Vereinigungen nach einer mittleren Lebensdauer von zwei Jahren auf. Von den ehemaligen Gemeinschaftsprojekten bestehen noch zwei spanischsprachige Radioprogramme; neue informelle Gruppierungen sind stärker künstlerisch und beruflich orientiert.



c) „*Los Nuevos Latinos*.“ Es sind mehrheitlich lateinamerikanische Promovierende, welche seit Ende der 1990er Jahre in Freiburg wohnen, jedoch auch Berufstätige mit einem privilegierten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt und LateinamerikanerInnen mit deutschen Ehepartnern. Angesichts der Fragmentierung und Informalität vorhandener Gruppen und der Finanzierungshilfen seitens der Stadt Freiburg für interkulturelle Vereinigungen, welche als günstige Partizipationsopportunität wahrgenommen wurden, gründeten einige von ihnen zunächst Ende 1998 die „Gruppe lateinamerikanischer Studierender“ (*Grupal*) und dann Ende 2002 den Verein *Nuestra América – Asociación latinoamericana intercultural*. Die Hauptziele von *Nuestra América* sind die Gründung einer lateinamerikanischen Nachmittagschule, die Integration der lateinamerikanischen *Community* und die Schaffung eines Ortes für Diskussionen über den amerikanischen Kontinent.

„Además también viéndolo presente en cualquier ciudad, todas las comunidades de inmigrantes que hay en el país tienen siempre su punto de encuentro, su punto, su espacio donde desarrollarse e intercambiar ideas. Existe la comunidad alemana que tiene en todas partes su colegio Humboldt, como era en Caracas. Es simplemente eso. Ofrecer ese marco para no perder ese poquito que puede ser muy valioso (...). No es un concepto que estamos creando de la nada, sino simplemente es un vacío que aquí nadie no se ha ocupado por el mismo hecho de que, no sé, yo no diría desorganizado, pero que cuesta unificar intereses, trabajo“ (Interview mit Frau D.V., 25.2.2003).

In die Gruppe der *Nuevos Latinos* fällt ebenfalls ein Zusammenschluss lateinamerikanischer Frauen, welcher sich später in *Nuestra América* eingliederte. Die nur kurz bestehende Gruppierung ist Ausdruck einer ansteigenden Zahl binationaler Ehen im letzten Jahrzehnt. Es entwickelte sich der Wunsch, ihre Kinder stärker an die spanische Sprache und lateinamerikanische Kulturen heranzuführen. Außerdem wurde bei den Treffen ein Informationsdefizit bezüglich ihrer Rechte als ausländische Ehepartnerinnen, ihres Arbeitsmarktzugangs und über die sozialen Sicherungssysteme festgestellt.

d) „*Los Otros Latinos*.“ Es sind all diejenigen, welche eine schwache bürgerschaftliche Partizipation zeigen, jedoch durch ein loses Netzwerk miteinander verbunden und in der Öffentlichkeit sichtbar sind. Ihr Interesse an lateinamerikanischer Kunst und Kontakten untereinander ist beruflicher und privater Natur. Der deutsche Arbeitsmarkt bietet Nischen, in denen sich ethnische Ökonomien ausbilden (Portes et al. 2002). In Freiburg ist dieses Phänomen allgemein betrachtet unter LateinamerikanerInnen vergleichsweise wenig ausgeprägt, mit Ausnahme der Bereiche Kunst und Nachtleben. La-

teinamerikanerInnen nutzen ihr kulturelles und soziales Kapital und arbeiten selbstständig oder angestellt als MusikerInnen, TanzlehrerInnen, Diskjockeys, in Kneipen und Restaurants.

Außerdem besteht ein loses Netzwerk von LateinamerikanerInnen um die Spanische Katholische Mission. In der kirchlichen Arbeit sind kaum SpanierInnen, sondern mehrheitlich lateinamerikanische Menschen aktiv. Regelmäßige Arbeitsgruppen oder andere festere Strukturen gibt es jedoch nicht (Interview mit Padre Centano; 17.01.2003).

### Formen der Geselligkeit in der bürgerschaftlichen Partizipation der spanischsprachigen LateinamerikanerInnen in Freiburg

Wie ist nun bürgerschaftliche Partizipation zu verstehen, wie ist sie zu messen? Wenn wir ausschließlich die offiziellen Teilnahmekanäle betrachten würden, um den Grad eines lateinamerikanischen gesellschaftlich-politischen Engagements zu beurteilen, dann sähe das Resultat recht mager aus. Es gibt nur eine sehr geringe Präsenz von spanischsprachigen LateinamerikanerInnen im Ausländerbeirat seit seinem Bestehen. Keine Gruppierung hat am Interkulturellen Fest 2003 oder an einem Projekt innerhalb der Initiative „Für eine offene Stadt“ organisierend teilgenommen. Auch gab es bis Ende 2003 keinen institutionalisierten Verein eines lateinamerikanischen Landes, mit Ausnahme Brasiliens.

Wenn wir aber bürgerschaftliche Partizipation als Teilnahme am öffentlichen Leben weiter definieren, dann ist die Präsenz von lateinamerikanischen Gruppierungen und informellen Netzwerken um einiges höher als diejenige anderer, sogar zahlenmäßig stärkerer Einwanderergruppen. Die Art der Partizipation ist mit den Geselligkeitsformen verbunden, welche wiederum mit den Migrationsmotiven und Interessen und dem Status der Personen zusammen hängen. Wir trafen auf drei Geselligkeits- und Partizipationstypen: auf lose Netzwerke von beruflich und persönlich in der lateinamerikanischen „Subkultur“ aktiven Personen; auf die wenig formalisierten und nicht registrierten Gruppierungen, welche als Ort der räumlichen Verankerung alternative Zentren gewählt haben und eine kritische Distanz zu administrativen und politischen Organisationen halten, und auf die junge Vereinigung, welche den Kontakt mit den Institutionen sucht und als gemeinnütziger Verein registriert ist.



### Partizipationsverständnis und Motive für die Teilnahme spanischsprachiger LateinamerikanerInnen in Freiburg

Bezüglich des politischen Partizipationsverständnisses ist eindeutig eine Ausweitung des traditionellen Modells des aktiven und passiven Wahlrechts zu erkennen. Über ein Viertel der Personen hält die Teilnahme an öffentlichen Aktionen für die wichtigste Aktivität bürgerschaftlicher Beteiligung, gegenüber 15% der Befragten, welche die Ausübung des Wahlrechts nannten. Nur die wenigsten verfügen über dieses Recht in Deutschland, und so bietet die Teilnahme an Kundgebungen, Demonstrationen und anderen Formen der politischen Willensäußerung im öffentlichen Raum die Möglichkeit einer Teilnahme als gleichberechtigte BürgerInnen, obwohl sie diesen Titel in einem formalen Sinne in Deutschland nicht besitzen.

Die meistgenannte Teilnahmeabsicht richtet sich auf den Wunsch, Vorurteile abzubauen und qualitativ und quantitativ besser über ihre Länder zu informieren:

„Bueno si tenés suerte hay un corte de cinco segundos en el noticiero o una noticia así chiquitita en el diario y eso no alcanza, porque queda como, no está investigada“ (Interview mit Frau M.A., 13.02.2003).

Ein weiterer, wichtiger Partizipationsgrund ist die Knüpfung von sozialen Beziehungen mit Personen, von denen angenommen wird, dass sie gewisse alltägliche Erfahrungen und Probleme, sowie Vorlieben und Wünsche teilen. Verbunden hiermit ist die Suche nach sozialem Kapital und die Aktivierung von gegenseitiger Hilfe und Vertrauen.

Nur eine einzige Gruppe hat ein besonderes Interesse für Aspekte und Probleme des täglichen Lebens gezeigt und die Defizite des deutschen Integrationsmodells diskutiert (*El grupo de las madres*). Die Tatsache der kaum vorhandenen Ausrichtung auf „deutsche Themen“, auf politische, rechtliche und gesellschaftliche Aspekte des Lebens als AusländerInnen in Deutschland, führen wir auf mehrere Faktoren zurück. Zum einen existiert unter den jungen LateinamerikanerInnen die Erwartung einer Rückkehr, entweder als Tatsache der Beendigung der Promotion, eines Beschäftigungsverhältnisses oder als realitätsresistenter Mythos. Die lateinamerikanischen Partnerinnen sind durch ihre familiäre Einbindung in stärkerem Maße auf ein Leben in Deutschland ausgerichtet. Zum anderen bilden die Mitglieder der Zusammenschlüsse eine besondere Gruppe innerhalb der Gesamtheit der LateinamerikanerInnen. Sie promovieren, haben einen bevorzugten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, integrieren sich in die ethnische Ökonomie oder sind wenig anspruchsvoll in der Wahl ihrer Erwerbstätigkeit. Die lateinamerikanischen

Frauen der Gruppe waren demgegenüber bestrebt, ihre Rechte und beruflichen Möglichkeiten besser kennen zu lernen. Drittens ist die allgemein festzustellende geringe Ausrichtung auf Deutschland mit dem restriktiven nationalen Opportunitätsrahmen und der im Moment nicht erfolgreichen Partizipationspolitik Freiburgs in Verbindung zu bringen (vgl. Koopmans/Stathan 1999).

Das Beispiel der lateinamerikanischen Vereinigungen bestätigt die Einschätzung, dass die jetzige Form der offiziellen Interessenvertretung von MigrantInnen nicht mehr den Bedürfnissen und Partizipationsformen der immigrierten Bevölkerung entspricht. Die meisten der untersuchten lateinamerikanischen Gruppierungen passen nicht in das Modell, da sie weder eingeschriebene Vereine darstellen, was eine Voraussetzung für den Erhalt kommunaler Unterstützungsmaßnahmen und für die Sichtbarkeit in den Medien ist, noch von sich aus Interesse für die Lokalpolitik entwickelt haben. Durch die Gründung des Vereins *Nuestra América* nehmen lateinamerikanische Akteure nach mehr als zwei Jahrzehnten erstmals vorgegebene Strukturen war, um sich in das lokale, politische und kulturelle Geschehen einzumischen. Die Konstituierung eines eingeschriebenen Vereins, was eine Satzung, eine formale Organisationsstruktur, eine Mindestzahl von Mitgliedern und Verantwortlichen etc. voraussetzt, wurde nur unter bestimmten Umständen möglich; mit der Anwesenheit einer Gruppe von LateinamerikanerInnen, welche statusrechtlich abgesichert sind und über kulturelle und finanzielle Ressourcen verfügen.

### Kollektive Identifikationen spanischsprachiger LateinamerikanerInnen in Freiburg

Die von uns begleiteten und interviewten Personen konstruierten eine lateinamerikanische Identifikation in ihren Diskursen und fühlten sich ihr zugehörig. Sie haben sich somit laut Jenkins (1997) zu einer nicht freiwilligen, sondern durch Geburt gegebenen ethnischen Zugehörigkeit bekannt. Allerdings ist zu bedenken, dass zum einen diese Kategorie nicht der einzige identifikatorische Bezugspunkt der befragten Personen ist. Er stand jedoch als einziger im Mittelpunkt unseres Interesses. Zum anderen ist die Zuschreibung als „lateinamerikanisch“ keine ethnisch-nationale Grenzziehung – welche seit dem Entstehen des national-staatlichen Modells vorherrscht –, sondern die Ausweitung der Identifikation auf den gesamten spanischsprachigen, und mit Einschränkung auch auf den portugiesischsprachigen Kontinent. Eine neue Grenzziehung gegenüber den nordamerikanischen Staaten, insbesondere den Vereinigten Staaten, ist stark ausgeprägt. In andere „Richtungen“ ist die kon-



tinentale Kategorie allerdings so weit gefasst, dass der Übergang zu den *Latinos* (romanischsprachige AmerikanerInnen und EuropäerInnen) oftmals verwischt.<sup>4</sup>

Über alle Gruppengrenzen hinweg stützte sich die Identifikation auf die Elemente Geschichte, Sprache, zwischenmenschliche Interaktion und expressive Kultur. Die seit den ersten Unabhängigkeitsbewegungen Anfang des 19. Jahrhunderts immer wieder in politischen und intellektuellen Diskursen beschworene pan-amerikanische Einheit<sup>5</sup> wird von den Akteuren in Freiburg mit unterschiedlichen Akzentsetzungen und ideologischen Ausrichtungen aufgenommen (vgl. Müller 2000). Gemeinsam ist allen die Vorstellung einer „erlittenen“, fremdbestimmten Geschichte der lateinamerikanischen Länder.

Die gemeinsame Sprache wird als wichtiges Kommunikationsmittel gesehen. Das Spanische, beziehungsweise die über sie vermittelten Lebenswelten, Gebräuche und Werte, ist der zentrale Grund für die meisten Gruppenbildungen. Seine praktische Wirkungsmacht zeigt sich in der fehlenden brasilianischen Beteiligung an den lateinamerikanischen Vereinigungen. Eine weitere Gemeinsamkeit der untersuchten LateinamerikanerInnen ist die Wahrnehmung von Differenzen zwischen „deutschen“ und „lateinamerikanischen“ zwischenmenschlichen Umgangsformen im öffentlichen und privaten Raum.

Am Aspekt der expressiven Kultur ist die Wechselwirkung von Fremd- und Selbstzuschreibungen deutlich zu erkennen. Das Bild der lateinamerikanischen Einwanderer ist im Vergleich zu anderen Immigrantengruppen positiv. Es wird allerdings von der kommerzialisierten, expressiven Kultur Lateinamerikas geprägt, welche bei Deutschen sehr beliebt ist. Lateinamerikanische Kunst wird somit zu einem nachgefragten, symbolischen und ökonomischen Kapital, welches eine Hinwendung zu diesem Aspekt des „Eigenen“ hervorruft, aber auch eine Rivalität zwischen den lateinamerikanischen Personen und Gruppierungen entstehen lässt. Diese zeigt sich in erster Linie zwischen den Menschen mit kommerziell-beruflichen Interessen und den Zusammenschlüssen, welche sich um ein differenziertes Bild ihrer künstlerischen Herkunft bemühen.

Wie kommt es zu der Konstruktion dieser neuen Identifikation? Alle Referenzpunkte erlangen erst durch die Migration und die Lebenserfahrung in Deutschland ihre Wichtigkeit. Die Deterritorialisierung spielt darüber hinaus

<sup>4</sup> Sicherlich haben aktuelle Regionalisierungstendenzen und geopolitische Diskurse über kulturelle Großräume einen Einfluss auf die subkontinentale Identifikation. Dies ist ein Aspekt, der jedoch von uns nicht tiefergehend verfolgt werden konnte.

<sup>5</sup> Erstmals wurde der Begriff Lateinamerika von Napoleon III aus machstrategischen Gründen benutzt. Mit der Zeit gewann er anti-koloniale und anti-imperialistische Züge; die Fremdkategorisierung wurde in eine emanzipatorische Selbstbezeichnung umgewandelt (Schmidt 2002).

auch deshalb eine Rolle, weil in Freiburg inter-amerikanische Kontakte möglich wurden:

„Cuando ya lo pensé el objetivo (de la asociación; eigene Anmerkung) era el latinoamericano. Justamente, porque aunque parezca paradójico, el contacto con Latinoamérica lo empecé a tener acá. En Argentina, bueno, es Argentina. En Latinoamérica es poco que haya extranjeros viviendo o poco común como acá. Uno está en la universidad y está con gente de todo el mundo“ (Interview mit Frau F.A., 25.02.2003).

„La experiencia de reunión y trabajo con el conjunto de latinoamericanos es básicamente una experiencia del ‚exilio‘“ (Interview mit Herrn A.C., 05.03.2003).

Außerdem haben die befragten Mitglieder der Vereinigungen ein besonderes Interesse, Gemeinsamkeiten hervorzuheben. Hinter ihren Aussagen steht das Motiv eine solche Identifikation zu stärken oder gar zu begründen.

„Uno de los motivos por los que se fundó el grupo tanto en Heidelberg como acá también fue para ayudar un poco a la integración latinoamericana. Pero uno de los problemas que nos dimos cuenta cuando comenzamos en Heidelberg, (...) de que había muchos problemas, muchos prejuicios entre latinoamericanos. Y era por el hecho de que no nos conocíamos. Sabemos que hemos tenido problemas límites. Todos los países latinoamericanos en algún momento de su historia, han habido guerras y cosas entre peruanos y chilenos, chilenos y bolivianos, bolivianos y argentinos y sigue sumando“ (Interview mit Herrn A.C., 5.3.2003).

Auch die geringe Zahl von LateinamerikanerInnen aus demselben Land fördert den internationalen Zusammenschluss. BrasilianerInnen unterscheiden sich sprachlich und quantitativ von den anderen Nationen.

Nicht zuletzt ist die Klassifizierung seitens der deutschen Gesellschaft als *Latino/a* und „lateinamerikanisch“ einflussreich. Wird die Generation der südeuropäischen MigrantInnen hauptsächlich als StaatsbürgerInnen ihrer Herkunftsländer gesehen, und sind ihre Eigenorganisationen ebenfalls ethnisch-national orientiert, so ist bei den neuesten, sehr viel stärker heterogenen Einwanderern erstmals ein Aufbrechen der nationalen Grenzziehungen erkennbar, sowohl in der Eigenbezeichnung als auch in der Fremdzuschreibung. Die subkontinentale Kategorie stellt eine Annäherung an andere europäische Einwanderungsländer dar. In Großbritannien enthält die übliche



Bezeichnung *racial groups*, in Frankreich „hybride“ Konstruktionen wie *Franco-Maghebins* supra-staatliche Bezüge (Koopmans 2002: 7f).

### Schlussbetrachtungen

Im Gegensatz zum bundespolitischen Rahmen, in dem eine multiethnische Politik nicht existiert – außer für die „alten“ Minderheiten und in einigen Bereichen auf individual-rechtlicher Ebene –, bemüht sich die Stadt Freiburg um eine kulturelle Diversitätspolitik. Ausdruck dieser Strategie sind finanzielle und organisatorische Hilfen für Immigrantenvereine, interkulturelle Schul- und Berufsbildungsprojekte und die Unterstützung toleranzfördernder Initiativen und Veranstaltungen. Insbesondere durch die Massendemonstration und das Straßenfest gegen fremdenfeindliche Ideologien im September 2003 ist es gelungen, die gesamte Bevölkerung symbolisch zu integrieren. Bei den befragten LateinamerikanerInnen rief der Aktionstag ein Gefühl von Gleichberechtigung und der Identifizierung mit Freiburg hervor. Allerdings konnte durch die Initiative „Für eine offene Stadt“ insgesamt betrachtet keine Aktivierung der Immigrantenvereinigungen und ausländischen BürgerInnen erreicht werden.

Im politischen Bereich wird Bürgerschaft im Zusammenhang mit Migration auf lokaler Ebene nicht neu definiert. Politische Partizipationsanreize für AusländerInnen und Immigrantenkollektive gehen im Moment weder von der Bundes- noch von der Lokalregierung aus. Das bundesstaatliche Demokratiedefizit wird auf kommunaler Ebene nicht behoben. Anstatt den vorhandenen politischen Spielraum zu nutzen, diskutieren Gemeinderat und Verwaltung über ein Modell (vgl. Fußnote 3), welches zwar erstmals eine direkte Mitbestimmung ausländischer Personen durch das Stimmrecht in unterschiedlichen Kommissionen des Gemeinderats zulässt, gleichzeitig jedoch die demokratische Beteiligung der ausländischen Bevölkerung nicht mehr vorsieht.

Die lange Vorgeschichte bis zur Gründung eines lateinamerikanischen Vereins zeigt jedoch, dass die Stadtpolitik überlegen sollte, wie sie auch informelle Gruppierungen und lockere Netzwerke von ausländischen Drittstaatsangehörigen einbeziehen kann. Kooperative Bürgerbeteiligungsverfahren könnten hier Mitsprachemöglichkeiten eröffnen und das Interesse von informellen und am Herkunftsland oder Kontinent orientierten Gruppierungen auf lokale Thematiken und Diskussionen lenken.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Denkbar wäre zum Beispiel ein kooperatives Verfahren über die Zukunft des Ausländerbeirats. Dadurch ließe sich die Distanz zu den kommunalen Institutionen verringern, der Zusammenhalt der Gruppierungen und ihr interkultureller Austausch mit sozialen und staatlichen Akteuren wür-

Aktivierende Verfahren erscheinen insbesondere deshalb wichtig und zukunftsweisend, da auch weitere Gruppen außer-europäischer Einwanderer die gleichen, für die jüngsten Globalisierungsprozesse und die restriktiven europäischen Immigrationspolitiken typischen Strukturmerkmale aufzeigen: eine Immigration von hauptsächlich jungen Menschen, eine große nationale und sozialstrukturelle Heterogenität, sowie irreguläre und illegale Formen des Aufenthalts und der Arbeit. Diese Umstände erschweren institutionalisierte Gruppenbildungen und kollektive Interessenvertretungen. Aufgrund rechtlicher und sprachlicher Probleme ist die Konstituierung eines formal anerkannten Vereins ein schwieriger und langwieriger Prozess. Supra-staatliche Zusammenschlüsse stellen auf diese Weise betrachtet eine Möglichkeit dar, knappe personelle und finanzielle Ressourcen zu bündeln.<sup>7</sup>

Bezüglich der Verbindung zwischen kollektiven Identifikationen und bürgerschaftlicher Partizipation lässt sich Folgendes feststellen: Trotz der Krise des traditionellen „ethnischen“ Vereinswesens und des Ausländerbeirats sind Zusammenschlüsse immigrierter Personen nach wie vor wichtig. LateinamerikanerInnen partizipieren in Freiburg unserer Erfahrung nach vorwiegend kollektiv mit anderen Menschen des Kontinents. Wir konzentrierten unsere Forschung auf die gemeinsame Teilnahme, untersuchten jedoch auch individuelle Partizipationskanäle in den Bereichen politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Engagements und kamen zu dem Ergebnis, dass die wenigen Personen, die auch individuelle Teilnahmemöglichkeiten wahrnehmen, zusätzlich in lateinamerikanischen Gruppierungen aktiv sind. Die empirischen Erfahrungen legen die Schlussfolgerung nahe, dass nationale oder kontinentale Zusammenschlüsse im deutschen Kontext einen stärkeren Partizipationsanreiz darstellen als kommunale Opportunitäten auf individueller Basis.

den gestärkt. In der Freiburger Stadtplanung werden kooperative Bürgerbeteiligungsverfahren bereits erfolgreich angewendet (vgl. Sperling 1999).

<sup>7</sup> Auch bei einer weiteren Gruppe außer-europäischer Einwanderer hat sich eine kontinentale Bezugnahme bereits gezeigt. Im Jahr 2001 wurde in Freiburg ein „Interkultureller Deutsch-Afrikanischer Verein“ gegründet.

## Literaturverzeichnis

- Assimenios, Stamatis (2001): „Migrantenselbstorganisationen und politische Partizipation“, in: Assimenios, Stamatis / Shajanian, Yvette et al. (Hg.): Politische Beteiligung in der Migration: Die Herausforderung. Einbürgerung, politische Rechte und Interessenvertretung, Bonn: Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrant\*innenverbände in der BRD (BAGIV).
- Ausländer in Deutschland (AiD) (Hg.) (2002): Partizipation von Migranten. Gesellschaft mitgestalten, 3/02, 18. Jg.
- Bade, Klaus J. (2001): „Die „Festung Europa“ und die illegale Migration“, in: Bade, K.J. (Hg.): Integration und Illegalität in Deutschland. Rat für Migration, Weinheim: Freudenberg Stiftung.
- Bade, Klaus J. / Münz, Rainer (Hg.) (2002): Migrationsreport 2002. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Barth, Fredrik (1969): Ethnic groups and boundaries: the social organization of cultural difference. Bergen: Univ. Forl.
- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hg.) (2002): Bericht über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/Bonn: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.
- Brubaker, R.W. (1992): Citizenship and Nationhood in France and Germany. Cambridge: Harvard Univ. Press.
- Cohn-Bendit, D. / Schmidt, Th. (1992): Heimat Babylon. Das Wagnis der multikulturellen Demokratie. Hamburg: Hoffman und Campe.
- Diehl, Claudia (2002): Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung? Opladen: Leske+Budrich.
- Dornis, Christian (2001): „Switching Allegiances. Warum neuartige Biographien die Einführung einer gestuften Staatsangehörigkeit nahe legen“, in: Rammert, W. et al. (Hg.): Kollektive Identitäten und kulturelle Innovationen. Leipzig: Leipziger Univ.-Verlag.
- Holston, James / Appadurai, Arjun (1999): „Introduction: Cities and Citizenship“, in: Holston, J. (Hg.): Cities and Citizenship, Durham/London: Duke University Press.
- Jenkins, Richard (1997): Rethinking ethnicity. London: SAGE.
- Kohl, Karl-Heinz (1998): „Ethnische Identität im Wandel. Ethnizität und Tradition aus ethnologischer Sicht“, in: Assmann, Aleida & Heidrun Friese: Identitäten, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Koopmans, Ruud (2002): Migrant Claims-Making Between Transnationalism and National Citizenship, Mai 2003, [www.wz-berlin.de/zkd/poem/leute/koopmans.de.htm](http://www.wz-berlin.de/zkd/poem/leute/koopmans.de.htm) (14.10.2004).

- Koopmans, Ruud / Stathan, Paul (1999): Challenging the liberal nation state? Postnationalism, Multiculturalism and the collective claims of migrants and ethnic minorities in Britain and Germany. University of Chicago.
- Kymlicka, Will (1995): Multicultural citizenship: a liberal theory of minority rights. Oxford: Oxf. Univ. Press.
- Miller, David (2000): Citizenship and national identity. Cambridge: Polity Press.
- Miller, J.M (1989): „Political participation and the representation of noncitizens“, in: Brubaker, R.W. u.a. (Hg.): Immigration and the Political of Citizenship in Europe and North America, New York: University Press of America.
- Müller, Markus (2000): „Erfindung. Identitätskonzepte und Identitätspolitik in der lateinamerikanischen Geschichte“, in: Lateinamerika Nachrichten 315/316.
- Münz, R. / Alscher, S. / Özcan, Veysel (2001): „Leben in der Illegalität“, in: Bade, K.J. (Hg.): Integration und Illegalität in Deutschland. Rat für Migration, Weinheim: Freudenberg Stiftung.
- Münz, Rainer / Ulrich, Ralf (1997): „Changing patterns of immigration to Germany, 1945-1995. Ethnic origins, demographic structure, future prospects“, in: Münz, R.; Weiner, M. u.a. (Hg.): Migrants, refugees, and foreign policy. U.S. and German policies towards countries of origin, Oxford/New York: Berghahn Books.
- Oberndörfer, Dieter (2001): „Integration der Ausländer in den demokratischen Verfassungsstaat: Ziele und Aufgaben“, in: Bade, K.J. (Hg.): Integration und Illegalität in Deutschland. Rat für Migration, Weinheim: Freudenberg Stiftung.
- Portes, A. / Haller, W.; Guarnizo, L.E. (2002): „Transnational entrepreneurs: The emergence and determinants of an alternative form of immigrant economic adaption“, in: American Sociological Review 67, S. 278-298.
- Rawls, John (1971): A Theory of Justice. Cambridge (Mass.): Belknap Pr.
- Rogers, Alisdair / Tillie, Jean (Hg.) (2001): Multicultural Policies and Modes of Citizenship in European Cities. Aldershot: Ashgate.
- Rogers, A. / Tillie J. / Vertovec, Stephen (2001): „Introduction: Multicultural Policies and Modes of Citizenship in European Cities“, in: Rogers, A. / Tillie, J. et al. (Hg.): Multicultural Policies and Modes of Citizenship in European Cities. Aldershot: Ashgate.
- Schäfers, Bernhard (1997): „Ethnizität und Staatsbürgerrecht – Akkulturation und multikulturelle Gesellschaft in Deutschland“, in: Geographische Rundschau 49, H. 7-8, S. 428-431.
- Schmidt, Bettina (2002): Zur Interpretation der karibischen Diaspora im Kontext der kulturtheoretischen Diskussion Lateinamerikas. Vom „wilden Denken“ zur „polyphonen Kultur“. (Manuskript der Habilitationsschrift), veröffentlicht 2002, Berlin: Reimer Verlag.



- Sperling, Carsten (Hg.) (1999): *Nachhaltige Stadtentwicklung beginnt im Quartier: ein Praxis- und Ideenhandbuch für Stadtplaner, Baugemeinschaften, Bürgerinitiativen am Beispiel des sozial-ökologischen Modellstadtteils Freiburg-Vauban*, Freiburg: Forum Vauban.
- Taylor, Charles (1993): „Die Politik der Anerkennung“, in: Gutman, Amy (Hg.): *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Van Deth, Jan W. (2001): „Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge?“, in: Koch, Achim et al. (Hg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*. Opladen: Leske+Budrich.
- Young, I. M. (1990): *Justice and the Politics of Difference*. Princeton: Princeton University Press.

### **Lokale Publikationen/Presseartikel/Informationsbroschüren**

- Amt für Statistik und Einwohnerwesen Freiburg (Hg.) (2000): *Endgültiges Ergebnis der Ausländerbeiratswahlen am 2. April 2000 in Freiburg*.
- (2001): *Statistisches Jahreshaft 1998-1999*. Freiburg i. Br.
- (2002): *Statistisches Jahreshaft 2000-2001*. Freiburg i. Br.
- Associazioni Cristiani Lavoratori Italiani* (Hg.) (2002): *l'acclifoglio*, N. 3-5.
- Ausländerbeirat (Hg.) (1992): *Presseerklärung: Kommunales Wahlrecht für Ausländer(innen)*.
- Ausländerbeauftragte der Landesregierung (Hg.) (2000): *Jahresbericht 1999-2000*. Stuttgart.
- Comisión Episcopal Española* (Hg.) (2002): *Ventana Europea*, No. 51.
- Förderverein für ein Interkulturelles Zentrum (1997): *Konzept für ein Interkulturelles Zentrum*.
- Stadt Freiburg (Hg.) (1996): *Bericht über die kommunale Ausländerpolitik der Stadt Freiburg*. Drucksache SO 96007.
- (1997): *Kommunales Handlungsprogramm zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Freiburg*. Anlage 1 zu Drucksache SO 96007.
- (1998): *Strukturrahmen der Gesamtförderung für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Freiburg im Breisgau*.
- (1999): *Ausländerbeiratssatzung*.
- (2002): *Für eine offene Stadt. Freiburg im Breisgau engagiert sich für Toleranz und Demokratie. Dokumentation 2000-2002*.
- (2003): *Umfrage „Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Freiburg“*.
- Seeh, Hansjörg (1999): *Berichte aus der kommunalen Ausländerarbeit – Unionsbürger als besondere Zielgruppe?*
- StadtNachrichten (1997): *10 Jahre Ausländerbeirat. 10 Jahre Miteinander für Gerechtigkeit*. April 1997.